

BZ BERNER ZEITUNG**Dossier:** *Vernachlässigte Tiere in Madiswil*

Verbote gefordert

FDP-Grossrätin Marianne Staub handelt: Sie verlangt in einer Motion, Schmuddelbauern sofort die Tiere wegzunehmen.

Christian Liechti 08.08.2008

«Entweder ist ein Bauer in der Lage, seinen Beruf sorgfältig auszuüben, oder er lässt es besser bleiben», ereifert sich FDP-Grossrätin Marianne Staub. Der Politikerin aus Thun ist der Kragen geplatzt, weil innerhalb eines Monats drei Fälle bekannt wurden, in denen Landwirte ihre Tiere im Stall vernachlässigten. Deshalb reichte sie gestern eine Motion ein.

Die Aufreger: Am 22.Januar finden Veterinärdienst und Polizei in einem Landwirtschaftsbetrieb in Studen zahlreiche Tiere auf Bergen von Mist. Eine Kuh muss sofort eingeschläfert werden. Am 7.Februar meldet die Kantonspolizei, einen Fall im Emmental aufgeklärt zu haben. Ein Bauer entsorgte ein abgemagertes und ausgetrocknetes Rind vor der Kadaversammelstelle. Am 19.Februar fliegt der dritte Bauer auf, auf dessen Hof in Wattenwil zwei Kühe notgeschlachtet werden mussten. Auch hier sind die Tiere in einer katastrophalen Verfassung. Pikant: Alle drei Landwirte dürfen weiterhin Tiere halten.

Staub verlangt in ihrem Vorstoss, in Fällen von Tierquälerei umgehend ein Tierhalteverbot zu verfügen. «Massnahmen wie eine Beschränkung der Anzahl Tiere oder regelmässige Kontrollen belasten lediglich die Verwaltung und damit den Steuerzahler», schreibt sie. Ein konsequentes Durchgreifen werde zudem eine präventive Wirkung haben.

Staub ist nicht die einzige Grossrätin, die wegen der Schmuddelbauern aktiv wurde. Bereits in der Januarsession reichte Nadine Masshardt (SP, Langenthal) unter dem Titel «Die eigenverantwortlichen Kontrollen haben versagt» eine Motion ein. Sie will vom Regierungsrat wissen, wie die Kontrollen im Bereich des Tier-, Gewässer- und Umweltschutzes verbessert werden können (wir berichteten).

Und was macht die Bauernlobby im Parlament? Diese wurde bisher noch nicht politisch aktiv, auch wenn dem Grossen Rat rund zwanzig Landwirte angehören. Wie die Staatskanzlei auf Anfrage bestätigt, sind ausser der Motion Staub und der Interpellation Masshardt keine weiteren Vorstösse eingegangen. (Berner Zeitung)

Erstellt: 08.08.2008, 08:08 Uhr